

Der eintägige Generalstreik in Prag.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Prag, 14. Oktober.

Der heutige Tag, dem man mit großen Befürchtungen entgegensehen hat, verlief in voller Ruhe. Militär und Polizei hatten die umfassendsten Vorbereitungen getroffen, doch gab es keinen größeren Anlaß zum Einschreiten. Nur in einer einzigen Versammlung wurde die Proklamation verlesen, und zwar vom Abgeordneten Stribrny, der sie in Prag VII. zur Verlesung brachte. Die Proklamation scheint die Exratur der sozialistischen Parteien zu sein. Die Proklamation wurde heute überall in Massen verteilt. Wie es heißt, wurde sie bereits in der am Samstag abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung beider sozialistischen Parteien, in der der eintägige Generalstreik beschlossen wurde, paketweise verteilt, um wohl am heutigen Tage unter die Massen geworfen zu werden.

Eine Kundgebung des Statthalters.

Schon am frühen Morgen waren in allen Straßen Plakatstelen und an allen Straßenecken Kundgebungen des Statthalters angebracht, die vor unzulässigen Kundgebungen und Ausschreitungen warnten. Trotz der frühen Morgenstunde hatten sich sofort bei den Plakaten Menschenansammlungen gebildet, welche den Inhalt in sehr lebhafter Weise besprachen. Die Kundgebung lautet:

Fortgesetzt werden Gerüchte über durchgeführte Änderungen der Staatsform und erfolgte Umwälzungen auf dem Gebiete des österreichischen Staatswesens verbreitet, welche dazu angetan sind, die Bevölkerung zu Kundgebungen und Manifestationen zu verleiten. Diese Gerüchte sind unwahr. Die im Zuge befindlichen internationalen Beratungen sollen ein Ergebnis auf der Basis ruhiger Entwicklung zeitigen. Bis dahin bestehen die staatlichen Einrichtungen unverändert aufrecht. Jeder Versuch einer gewaltsamen Lösung muß ebenfalls mit Gewalt bekämpft werden. Die Mittel hierzu sind vorhanden. Es ergeht daher die eindringlichste Warnung, sich an unzulässigen Kundgebungen und Ausschreitungen zu beteiligen und an alle besonnenen Elemente die Bitte, dahin zu wirken, daß Vorfälle unterbleiben, welche nur persönliches Unglück und wirtschaftliche Schäden herbeiführen können, ohne den angestrebten Zweck zu erreichen.

Prag, 13. Oktober 1918.

Der L. L. Statthalter: Coudenhove.

Um 9 Uhr vormittags fanden in den Vororten Sitzungen der Gemeindevertretungen statt, um gegen die Lebensmittel- und Kohlenausfuhr aus Böhmen zu protestieren. Dann begab sich eine Abordnung der einzelnen Vororte und Stadtvertretungen zu einer Sitzung der Prager Stadtvertretung, die um halb 11 Uhr vormittags begann und dieselbe Tagesordnung hatte. Vor den Kathäusern hatten sich Arbeiter und anderes Publikum angesammelt. Als bald bildeten sich Versammlungen unter freiem Himmel. In Prag VII. sprach Abg. Stribrny, der die Proklamation verlas. In Weinberge sprach Abg. Klossac, in Lieben Abg. Kemecc. Es wurde Klage über die Approvisionierung und die Behörden geführt.

Nach den Sitzungen der Stadtvertretungen sollte eine gemeinsame Kundgebung auf dem Altstädter Ringplatz erfolgen, bei der die Abgeordneten Klossac, Kemecc und Soukup sprechen sollten. Diese Kundgebung wurde aber von der Behörde verhindert.

Räumung des Wenzelsplatzes und des Altstädter Ringes.

Nach 11 Uhr war der Wenzelsplatz so von Neugierigen besetzt, daß zur Räumung des Platzes geschritten

wurde, die auch so vorgenommen wurde, daß der Platz in einigen Minuten vollständig leer war. Die Hausstoren mußten geschlossen werden, der Graben sowie die auf den Wenzelsplatz führenden Straßen wurden abgesperrt. In den ersten Nachmittagsstunden wurde dann der Kordon auf dem Graben wieder aufgelassen und es entwickelte sich ein lebhafter Storko. Ein lebhaftes Bild bot auch der Altstädter Ring vor dem Rathaus, der bereits vor 9 Uhr morgens von einigen tausend Personen besetzt war. Um 10 Uhr erschien auf dem Platz Gendarmerie, die den Platz vollständig räumte. Die Räumung ging in aller Ruhe vor sich, da der ehemalige Abgeordnete Johannis die Aufforderung an die Menge richtete, den Platz zu verlassen.

Gegen 6 Uhr abends wurde die Bereitschaft auf dem Ring, eine Stunde später wurden die Absperungsmaßnahmen aufgehoben. In den späten Abendstunden sammelten sich junge Elemente auf dem Wenzelsplatz an, sie sangen Nationallieder, wurden aber von der Wache bald zerstreut. Sonst kamen keine Ausschreitungen vor. Abends hatte der eintägige Generalstreik sein Ende genommen. Theatervorstellungen und Konzerte fanden statt, in den Zeitungssekereien wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Empfang der Tschechen beim Kaiser.

Die „Narodni Politika“ meldet über die Audienz der vier tschechischen Vertreter (Abgeordneter Habermann habe aus prinzipiellen Gründen an der Audienz nicht teilgenommen, Abgeordneter Klossac, weil er die Einladung zu spät erhalten hatte), daß der persönliche Empfang sehr gütig war. Der Monarch fragte nach der Begrüßung die tschechischen Vertreter freundschaftlich, wie sie sich die weitere Entwicklung der Verhältnisse denken. Abgeordneter Stanek teilte in Konsequenz des Beschlusses der letzten tschechischen Beratung dem Kaiser folgende drei Grundforderungen des tschechischen Volkes mit: 1. Unverzügliche Einsetzung der tschechnationalen Regierung, 2. deren Teilnahme an dem Friedenskongresse, 3. Transferierung aller böhmischen Regimenter aus dem magyarischen und deutschen Gebiete ins Vaterland (einige Zeilen konfisziert). Wir wissen, daß wir uns mit den Deutschen einigen müssen, daß aber diese Einigung keineswegs vielleicht die Wiener Regierung, sondern bloß unsere eigene Regierung zustande bringen kann, die mit den Deutschen direkt verhandeln wird.

Dann entwickelte sich ein lebhafter Dialog. (Ein größerer weißer Fleck.) Die tschechischen Abgeordneten machten den Kaiser darauf aufmerksam, daß die Verhältnisse äußerst kritisch zu werden beginnen und daß die Umwälzung nur dadurch verhindert werden könne, wenn eine eigene nationale tschechische Regierung errichtet werde. Es sei der Wunsch und der Wille der Tschechen, daß die Veränderung in vollständiger Ruhe und Ordnung durchgeführt werde. Die tschechische Öffentlichkeit sei durch die Schuld der Regierungen und der Deutschen so radikalisiert, daß niemand diese Strömungen eindämmen könnte. Deshalb werde ein weiterer Aufschub entschieden nicht empfohlen. Jetzt müsse man zu einer durchgreifenden Tat schreiten, welche die tschechischen Abgeordneten erwarten, da sonst die Völker selbst handeln würden. (Der Schluß abermals beschlagnahmte.)